

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Unter der Überschrift «*Es geht um die deutsche Substanz*» wird in Nr. 43 der in Stuttgart erscheinenden Wochenzeitung «*Christ und Welt*» der materielle Ausverkauf der geistigen Berufe untersucht, ein bedrohlicher Prozeß, durch den das im 19. Jahrhundert geprägte und damals gültige soziologische Schema «Hie Bürgertum — hie Arbeiterschaft» überholt worden sei. Die materielle Lage des Arbeiters habe sich sukzessive verbessert, während gleichzeitig die geistigen Berufe des Mittelstandes durch materielle Not nivelliert wurden. Es seien in erster Linie die ehemals «Besitzenden», die durch die politischen und wirtschaftlichen Katastrophen am nachhaltigsten getroffen wurden.

Besonders die Lage des intellektuellen Nachwuchses sei derart, daß viele in andere Berufe abwanderten; so habe sich stellenweise bei den Volksschullehrern, die mit 160—450 DM besoldet würden, bereits ein fühlbarer Mangel bemerkbar gemacht. Das gleiche Problem stelle sich den jungen Dozenten, denen durch die minimale Bezahlung die Tore zur akademischen Laufbahn verschlossen seien. Bildung sei für den Einzelnen mehr und mehr eine riskante Investition geworden. Und so könne man fast — auch im Hinblick auf die unterbezahlte Ärzteschaft, die kürzlich drohte, in den Streik zu treten — von einer Klassenkampfansage der geistigen Berufe sprechen.

Das Problem werde dann besonders brennend, wenn man bedenke, daß in der Sowjetzone die Mittelschicht systematisch vernichtet worden, die geistigen Berufe gleichgeschaltet sind und also gerade die Mittelschichten Westdeutschlands einmal den gewaltigen Substanzverlust der bolschewisierten Gebiete ausfüllen sollten. «Um so drohender erhebt sich die Frage, ob die Auszehrung der Mittelschichten Westdeutschlands nicht jenen Tendenzen entgegenkommt, die in Mitteldeutschland fast bis ans Ende gelangt sind». Auch für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards sei es eine Existenzfrage, inwieweit es gelingt, der Substanzminderung Einhalt zu gebieten. Denn durch sie werden nicht nur einzelne Schichten, sondern das Gesamtvolk betroffen.

Der Gründer und Herausgeber der unabhängigen «*National News-Letters*», *Stephen King-Hall*, äußert sich in der Ausgabe vom 1. November 1951 über das *Schicksal der englischen Währung* wie folgt: «Nach allen Anzeichen nähern wir uns rasch einer neuen finanziellen Krise, der dritten seit Kriegsende. Die Ansicht ist weit verbreitet, sogar unter jenen Mitbürgern, die sich die Mühe genommen haben, das Problem des Währungsausgleiches zu verstehen, daß diese finanziellen Krisen eine Art wirtschaftlicher Influenza seien, die sich jeden zweiten Winter einstellen, ohne daß deswegen viel Aufhebens zu machen sei. Dieser Vergleich ist falsch. Viel eher sind diese Krisen, will man den medizinischen Vergleich fortführen, Symptom einer Tuberkulose. In Tat und Wahrheit bietet Englands Zahlungsbilanzposition seit den letzten 20 Jahren ein höchst ungünstiges Bild. Die Zahlen zeigen, daß wir eine Nation geworden sind, die mehr und mehr außerstande ist, ihren Lebensunterhalt selbst zu bezahlen. Diese Entwicklung nach abwärts ist zeitweilig verzögert worden, hauptsächlich durch die großen amerikanischen Kredite oder den künstlichen Exportboom nach der Abwertung, wobei erst noch außerordentliche Umstände, wie der große Nachholbedarf nach dem Kriege, die amerikanischen Materialeinkäufe und der Koreakrieg, hinzukommen. Aber keiner dieser Umstände ändert etwas an der Tatsache, daß unsere wirtschaftliche Produktivität sowohl für den Eigenbedarf als für den lebenswichtigen Export nicht schrittgehalten hat mit dem Anwachsen der

Bevölkerung und ihrem Verlangen nach einem immer höheren und komfortableren Lebensstandard. Der Wähler kümmert sich allerdings sehr wenig um solche Einsichten, weil er sich nicht bewußt ist, wie dünn die Eisschicht ist, auf der sein Wohlfahrtsstaat ruht. Wohl mag der Wähler, sicher aber die Wählerin, beachten, daß die steigenden Preise die Glätte des Eises zerstörten und daß immer häufiger und immer größere Stücke sich unter der Last biegen. Aber nur wenige geben sich Rechenschaft darüber, daß das Eis plötzlich aufsplintern und brechen könnte und daß 50 Mill. Männer, Frauen und Kinder ins eisige Wasser eines wirtschaftlichen Chaos fallen könnten, angetan mit den Schlittschuhen des Wohlfahrtsstaates». — Der Verfasser erklärt, daß er sein politisches Credo als das eines Mannes bezeichnen möchte, der zu überleben gewillt ist, wobei die Definition dafür lautet: ein «survivalist» ist eine Person, die gewillt ist, jegliche Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit den demokratischen Prinzipien stehen, zu erdulden, wenn sie geeignet sind, das Durchhalten von 50 Mill. Leuten in Großbritannien zu gewährleisten»¹⁾.

Von den italienischen Pressekommentaren zu den englischen Wahlen ist vor allem auf denjenigen von *Riccardo Aragno* hinzuweisen, der in «*Il Mondo*» vom 10. November 1951 unter dem Titel «*Ein Sieg unter Kontrolle*» erschienen ist. Der Verfasser stellt fest, daß Großbritannien mehr denn je in einem hamletischen Zweifel befangen sei, da die diesjährigen Wahlen nicht eine Lösung, sondern eher ein Interimistikum oder, besser gesagt, die Vorbereitung der zweiten Phase der «stillen Revolution» darstellen. Diese Revolution begann in Großbritannien am Ende des zweiten Weltkrieges und hat innenpolitisch die Nivellierung der Klassen, die Verteilung der Güter, die Ausmerzung des sozialen Elendes und die Behauptung des Grundsatzes, daß Reichtum nicht Macht, sondern Verantwortung bedeutet, zur Folge gehabt. Auf internationalem Gebiet ergaben sich die Preisgabe des Begriffes «*Empire*» und eines erbitterten Nationalismus, ferner die mehr oder weniger gelungenen Vereinbarungen mit den Völkern Asiens und Afrikas, welche England zur Nutzbarmachung ihrer ungeheueren Reichtümer benötigen und welche England seinerseits braucht, um die wirtschaftlichen Bindungen aufrechtzuhalten, die es ihm ermöglichen, das im Mutterland eingeführte Wirtschaftssystem zu erhalten. Dies ist das Erbe, das die Labourregierung den Konservativen hinterließ, dies ist die Messerschneide, auf der heute die konservative Mehrheit vorwärtsschreiten muß. Das Ergebnis der Wahlen verlangt von der jetzigen Regierung, die Möglichkeit baldiger Neuwahlen ins Auge zu fassen, da das britische Volk die Zügel einer heilsamen Kontrolle weiterhin fest in Händen hält.

Am Vorabend der 6. Generalversammlung der UNO untersucht *Luigi De Secly* in einem «*Frankreich und Deutschland*» betitelten Artikel («*Gazzetta del Mezzogiorno*» vom 6. November 1951) voller Objektivität und tiefen historischen Sinns die Tragödie Frankreichs, die zugleich die Tragödie Europas ist. Frankreich, allzu zahn den schmerzlichen Erinnerungen der Vergangenheit zugewandt, hat sich auf eine absurde konservative Stellungnahme versteift und berücksichtigt weder klare Beweisführungen noch die kürzlich gemachten Erfahrungen, sondern weigert sich mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, die gegenwärtige Realität der Dinge und die grundlegenden Veränderungen in der Zusammensetzung des europäischen Kontinentes in Betracht zu ziehen. Nachdem Deutschland die offensive Funktion, die es während Jahrzehnten innehatte, verloren hat, übernimmt es wieder

¹⁾ National News-Letter, K-H Services Ltd., 162 Buckingham Palace Road, London SW 1.

jene defensive Funktion, die im Laufe der Jahrhunderte der deutschen Rasse erlaubte, ein Bollwerk in der Verteidigung Europas gegen den Osten zu bilden. Heute ist daher Deutschlands Platz im europäischen Defensivsystem als gleichberechtigter Staat neben den freien Völkern des Westens. Möge Frankreich nicht vergessen, daß die Ausschließung Deutschlands aus dem europäischen Ganzen nicht nur ungerecht und willkürlich, sondern höchst gefährlich ist, und möge es sich in diesem Zusammenhang der weitblickenden und weisen Worte großer Staatsmänner erinnern, welche eine exakte historische Wirklichkeitssicht gehabt haben: Sidney Sonnino im Jahre 1918 und Winston Churchill in Teheran und in all seinen Nachkriegsreden. Europa erwartet daher, im Hinblick auf seine Zukunft, einen Akt des Verständnisses und des Vertrauens von Seiten der französischen Regierung und des französischen Volkes.

Die *«Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten»*, herausgegeben von dem *«Free Trade Union Committee of the American Federation of Labor»*, veröffentlichten in ihren Nr. 7 und 8 einen aufschlußreichen Aufsatz über die *türkische Gewerkschaftsbewegung*. Dessen Verfasser, *Irving Brown*, Vertreter des Komitees in Europa, ist in politischen Kreisen der USA sehr angesehen. Eine Zusammenfassung seiner Ausführungen ergibt folgendes Bild:

Die türkischen Gewerkschaften sind von denen der westlichen Welt ganz verschieden. Bis 1950 waren sie einer äußerst strengen staatlichen Kontrolle unterworfen. Jede Teilnahme am politischen Leben ist ihnen gesetzlich untersagt. Arbeitskonflikte werden durch Zwangsschlichtungen oder mit Hilfe von Arbeitsgerichten gelöst. Um Löhne und Arbeitsbedingungen kümmert sich das Arbeitsministerium, dessen Bezirksämter mit Hilfe von Fabrikinspektoren die Arbeitsbedingungen in Industrie und Gewerbe kontrollieren.

Die Befreiung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften von staatlicher Bevormundung, die seit dem Wahlsieg der Demokratischen Partei 1950 im Gange ist, setzt die Aufhebung oder Änderung der bestehenden Arbeits- und Sozialgesetzgebung voraus.

Seit Jahrhunderten lebt die Türkei im Schatten des großen russischen Bären. Die Türken sind sogar mehr antirussisch als antikommunistisch eingestellt. Die ernste Sorge um die Sicherheit und Verteidigung der Türkei gegenüber der Sowjetunion, drückt dem ganzen Leben, einschließlich dem der Gewerkschaften, seinen Stempel auf. Auf diese antirussische und antikommunistische Stimmung ist das Bestehen von Gesetzen zurückzuführen, die den Beitritt zu internationalen Organisationen Beschränkungen unterwerfen und die vor allem gegen die Gewerkschaften angewendet werden. Die Behörden machen sich denn auch Sorgen für den Übergang zu völliger Koalitionsfreiheit wegen der Gefahr kommunistischer Infiltration.

Die türkischen Gewerkschaften sind von denen der westlichen Welt ganz verschieden von den Arbeitern selbst von unten her aufgebaut. Die Funktionäre sind alle Arbeiter aus den Betrieben, und es gibt nur sehr wenige bezahlte Gewerkschaftsangestellte. Die Gewerkschaften wurden größtenteils als unvermeidliche Begleiterscheinung der Industrialisierung betrachtet. Bis vor kurzem dienten sie als Werkzeuge, um die Kommunisten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Es wäre jedoch falsch, in den türkischen Gewerkschaften nichts als Instrumente der Regierung im Kampfe gegen den Kommunismus zu sehen. Eine einflußreiche Richtung im politischen Leben der Türkei drängt auf eine Änderung der bestehenden Arbeitsgesetzgebung, um eine freiere Entfaltung der Gewerkschaftsorganisationen zu ermöglichen. Ein Programm, das die Regierung dem Parlament unterbreitet hat, strebt gleichzeitig eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und eine freie Gewerkschaftsbewegung an. Die treibende Kraft in der heutigen Entwicklung der Gewerkschaften ist der Wunsch der Arbeiter, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern und zum ersten Mal in der Geschichte einen Einfluß auf die Politik ihres Landes zu erhalten.

In keinem Lande, das der Verfasser bisher bereist hat, konnte er einen solchen Tiefstand der kommunistischen Bewegung feststellen wie in der Türkei. Die Nachbarschaft der Sowjetunion beeinflusst das ganze politische und wirtschaftliche Leben des Landes und zwingt dazu, seit 1942 mehr als 700 000 Mann unter den Waffen zu halten und das Militärbudget zu erhöhen. Der Beitritt der Türkei zum Atlantikpakt soll ihr die Fortführung ihrer Verteidigungsmaßnahmen sichern und dem östlichen Vorposten der demokratischen Welt das Gefühl der Sicherheit geben, ohne das die Hoffnung auf eine demokratische, freiere türkische Gewerkschaftsbewegung zunichte würde.

«Die Sowjetisierung der Hochschulen, dargestellt am Beispiel der Universität Leipzig» ist der Titel einer im Auftrag des Publizistischen Zentrums für die Einheit Deutschlands herausgegebenen kleinen Broschüre, die vom *PZ-Archiv* als viertes Heft publiziert wurde, einer Schriftenreihe, die sich mit zuverlässigem Quellenmaterial über die Verhältnisse in der Ostzone Deutschlands an das öffentliche Gewissen wendet²⁾.

Kaum 40 Seiten umfaßt diese aufrüttelnde Schrift, die in ihrer Sachlichkeit, mit verschiedenen Statistiken und Tabellen über die Studentenratswahlen versehen, ein erschütterndes Dokument für die zunehmende Abdrosselung der freien Forschung und Lehre der nicht linientreuen Studenten und Dozenten ist, für die Versklavung einer einstmals bedeutenden Hochschule. Die Schrift schildert die Wiedereröffnung der Universität nach dem Zusammenbruch von 1945, die ersten noch «tolerierten» Zulassungen zum Studium, die dann folgenden Zulassungsquoten von 1946, die mindestens 35 Prozent «Arbeiter- und Bauernstudenten» verlangten, das tragische Schicksal des LDP-Studentenratsvorsitzenden Natonek, der im Herbst 1948 auf der Straße verhaftet wurde und von dem seither jede Spur fehlt, die zahlreichen Abwanderungen von Professoren, die Anbiederungsversuche mit westdeutschen Studentenorganisationen, um den «demokratischen Schein» zu wahren und schließlich die endgültige Ausschaltung der nicht-kommunistischen Studenten und Lehrer.

Heute ist die Universität Leipzig das Musterbeispiel einer kommunistischen Parteischule. Der Terror, nicht nur physischer, sondern auch seelischer Art — so wurden im Sommer 1950 Studenten zu Altakademikern geschickt, um ihre Meinung über die Stockholmer Friedensresolution zu erfragen — erstreckte sich schließlich sogar gegen die eigenen Marxisten, die «Schöpferischen».

Trotz ihrem bedrückenden Inhalt, den die Untersuchung ausbreitet, erfüllt sie uns doch mit aufrichtiger Bewunderung für die zahlreichen jungen Menschen, die das Äußerste nicht fürchten, sich den totalitären Methoden im persönlichen Einsatz entgegenstellen, um für die gerechte Sache einzustehen. Mit Recht fordert der Verfasser, daß die *freie Welt diesen Nichtkommunisten, die unter schwierigsten Bedingungen ausharren, mit größerem Verständnis begegnen sollte und daß man täglich neue Möglichkeiten ersinnen möge, um ihnen das Gefühl der bitteren Isolierung zu nehmen.*

²⁾ Redaktion und Verlag Hansaring 43, Köln.